

Sie gibt an, dass in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung zu verzeichnen sei (Umfrage unter allen SchülerInnen der 10. Klassen im Land Brandenburg, ca. 10.000 SchülerInnen). Die Anzahl der Rauschtrinker sei zwar zurückgegangen, jedoch die Intensität bei denen, die es praktizieren, umso heftiger.

Des Weiteren muss man auch den Medikamenten- und Medienkonsum beachten. Vor allem bei Mädchen sei der Medienkonsum stark angestiegen.

Frau Dudek stellt die AG Suchtprävention mit den Partnern vor, welche seit 2003 bestehe. Dabei sei ein gut funktionierendes Netzwerk entstanden, welches sich immer weiter entwickelt und aufbauen werde. Wichtigster Partner dabei seien die Suchtberatungsstellen im Landkreis.

Sie informiert über einige spezielle Projekte:

- Klarsichtkoffer:
Schulung der Lehrer/Pädagogen im vergangenen Jahr, seit dem sei der Koffer immer in den einzelnen Einrichtungen unterwegs, enthält Zusammenstellung aller Informationen zu Alkohol und Nikotin
- Aktualisierung des Wegweisers „Sucht“, immer schnell vergriffen
- „Straße der Sucht“:
Weiterführung durch Jugendclub Nord in Fürstenwalde, leider keine Einflussnahme bis Eisenhüttenstadt möglich
- Promillerechner könne ab 2. Halbjahr einsatzbereit sein
- PAPILIO:
bereits in diesem Ausschuss vorgestellt
schwierig KITAS dafür zu gewinnen, da Personal nicht für Schulung freigestellt werden könne

Es wurde ein Fragebogen in 2013 zur Bedarfsabfrage „Informationen über die Suchtprävention“ entworfen. 2/3 der angeschriebenen Schulen hätten diesen beantwortet (Zusammenstellung der Antworten in Anlage zu TOP 3).

Dabei kam heraus, dass alle Schulen Fachleute von außen für wichtig erachten, die diese Themen mit den SchülerInnen besprechen.

Des Weiteren sei eine Umfrage in Fürstenwalde erfolgt, dessen Ergebnisse zusammen mit der Stadt beraten wird.

Frau Dudek informiert weiter, dass sich, trotz der genannten Bedarfe, eine positive Entwicklung abzeichne und sich bereits eine Menge bewege.

Auf Nachfrage von Frau Griesche gibt Frau Dudek an, dass die Gespräche von Betroffenen über „Chance e.V.“ sehr gut aufgenommen würden. Für die Betroffenen ist dies Teil ihrer Therapie. Die Schilderungen der Betroffenen kommen „besser“ bei den SchülerInnen an, da diese mit einer ganz anderen Sprache kommunizieren würden.

Auf Nachfrage von Frau Meißner, Mitglied des Jugendhilfeausschuss (JHA), gibt Frau Dudek an, dass auch Grenzen für öffentliche Anbieter vorhanden seien, wobei ebenso die Zuständigkeiten zu klären seien.

Frau Wagner erkundigt sich nach der Verfahrensweise der Zusammenarbeit innerhalb der AG Suchtprävention, wie die Zusammenarbeit der AG mit dem Gesundheits- und Jugendamt wäre, sowie nach dem finanziellen Budget für die AG.

Frau Dudek informiert, dass sich die komplette AG 3 - 4mal im Jahr träfe. Ansonsten würden alle Wege der kurzen Kommunikation genutzt.

Über die Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Jugendamt ist Frau Dudek sehr zufrieden, da eine Kommunikation immer gegeben sei, mit dem Gesundheitsamt durch sie selbst.

Frau Sommer, Sachgebietsleiterin Gesundheitsamt/Gesundheitsförderung zeigt auf, dass die Suchtprävention zum einen die Aufgabe der Gesundheitsförderung im Gesundheitsamt sei und zusätzlich durch die Sozialplanung unterstützt würde (Förderung der Suchtberatungsstellen). Über das Gesundheitsamt würden 7.500 € für Honorargelder zur Verfügung stehen. In 2013 konnte dieses Geld nicht komplett ausgeschöpft werden, da es momentan an Personal fehle.

Auf Nachfrage von Frau Böhnisch gibt Frau Dudek an, dass die Schülerbefragung im Landkreis Oder-Spree nicht durchgeführt werden konnte. Das Staatliche Schulamt habe die Anfrage nicht an die Schulen durchgestellt. Als Brennpunkte werden die größeren Städte (Fürstenwalde, Erkner, Eisenhüttenstadt) benannt.

Auf Nachfrage von Frau Baum, Mitglied des JHA, gibt Frau Dudek an, dass in ihrer Präsentation die Angaben einen Auszug der Befragungsergebnisse darstellen würden und informiert, dass die „Straße der Sucht“ einsatzbereit sei.

Frau Stiller, stellvertretende Ausschussvorsitzende JHA, befürwortet die Arbeit der „Chance e. V.“ und berichtet, dass die Schülerinnen und Schüler sich eher von Gleichaltrigen, die solche Erfahrungen gemacht haben, belehren lassen würden.

Des Weiteren betont sie, wie wertvoll der Wegweiser für die Arbeit der Lehrer sei. Leider sei dieser immer schnell vergriffen.

Sie führt aus, dass, aus ihrer Sicht, die SchülerInnen des Oberstufenzentrums bewusster im Umgang mit Alkohol seien als gleichaltrige SchülerInnen an den Oberschulen.

Auf Nachfrage von Frau Freninez merkt Frau Dudek an, dass es bereits Angebote für den verantwortungsbewussten Umgang mit sozialen Netzwerken gebe, die Bearbeitung jedoch noch ausgeweitet werden müsste. Vor allem müssten die Eltern besser informiert werden, damit ein gesundes Maß gefunden würde.

Sie wünscht sich eine schnellere Informationsübertragung zwischen den einzelnen Einrichtungen, um noch besser reagieren und zusammenarbeiten zu können.

Frau Dr. Weser weist darauf hin, dass die Suchtprävention nur ein kleiner Teil der Arbeit der Gesundheitsförderung sei, der Landkreis jedoch eine weitaus höhere Summe zur Förderung der Suchtberatungsstellen zur Verfügung stellen würde. Somit nehme der Landkreis seinen gesetzlichen Auftrag wahr.

Sie verweist auf eine früheres EU-Projekt des Landkreises „Vorbeugen ist besser als Heilen und Vorbeugen ist billiger als Heilen“. Dieses begann bereits im Kindergarten und wurde in den Grundschulen fortgesetzt, um die Persönlichkeit der Kinder zu stärken, Lebenskompetenz zu erlangen, auch mal „Nein“ zu sagen. Dieses Projekt würde man gerne weiterführen, scheitert jedoch an den Grundschulen, da das Ministerium für die Lehrer keine Abminderungsstunden gewährt, die sich in diese Richtung weiterbilden möchten.

Frau Dr. Weser hebt das Projekt „PAPILIO“ hervor, welches ebenfalls durch Frau Dudek betreut wird, möchte sich aber damit nicht zufrieden geben.

Frau Sommer weist nochmal auf das Projekt „PAPILIO“ hin und gibt an, dass es Schwierigkeiten gibt, Teilnehmer für die Schulungen zu gewinnen. Dies liege jedoch nicht an dem Interesse der ErzieherInnen, sondern am fehlenden Personal in den Kitas. Die Angestellten könnten nicht während der Arbeitszeit freigestellt werden. Daher würden momentan die Schulungen an 2 Kitas im Kreis am Freitagnachmittag/-abend und Samstagvormittag durchgeführt, wobei sich dabei wieder die Problematik des Freizeitausgleichs entwickle.

Weitere Projekte seien daran ebenfalls gescheitert, dass die ErzieherInnen als Teilnehmer nicht freigestellt werden konnten. In den vorangegangenen Jahren sah die personelle Struktur in den Einrichtungen noch besser aus.

Frau Wagner informiert, dass es vor kurzem eine Beratung mit den Fraktionen und der Kleinen LIGA gegeben habe. Dabei hätten die freien Träger um Hilfe gebeten, da sie keine Fachkräfte mehr bekommen, da sie diese nicht bezahlen könnten oder für die geringen Verdienste keiner arbeiten möchte.

Die Entgelte lägen bei den Wohlfahrtsverbänden bereits 30 % unter dem Durchschnitt.

Daher bittet sie Frau Dr. Weser, dieses Anliegen in den neuen Kreistag zu nehmen und eine Anpassung der Förderungen evtl. noch in 2014 zu erwirken.

Frau Dr. Weser berichtet, dass am heutigen Tag eine Beratung mit der Kleinen Liga stattgefunden habe, in der mit den Wohlfahrtsverbänden gesprochen wurde. Sie unterrichtet die Anwesenden, dass sich der Landkreis sehr wohl seiner sozialen Verantwortung bewusst und welcher Personenkreis zu unterstützen sei.

Die unterschiedlichen Positionen seien ausführlich erläutert worden. Fachkräfte, auch bei freien Trägern, würden so eingestellt, dass sie anständig bezahlt werden müssten/könnten.

Sie informiert, dass man im neuen Fachausschuss der neuen Legislatur die Subsidiarität in der sozialen Arbeit auf die Tagesordnung setzen möchte: Welche Aufgaben hat der Kreis als örtlicher Träger der Sozialhilfe? Welche Aufgaben werden durch die freien Träger erledigt? Wie ist die Finanzierung? Evtl. könne man dies auch auf die Jugendhilfe ausdehnen.

Sie führt aus, dass es im Land Brandenburg Landkreise gebe, in denen man soziale GmbHs gebildet habe, die diese Aufgaben wahrnehmen würden. Für den Landkreis Oder-Spree könne dies jedoch keine Lösung sein. Man müsse offen miteinander sprechen, um diesen Auftrag erfüllen zu können.

Aufgrund der Aussage von Frau Wagner merkt Herr Isermeyer an, dass alle Hilfen in der Jugendhilfe angestiegen seien, bei den Fachkräften in der Kinder- und Jugendarbeit sei die Förderung von 880.000 € in 2005 auf 1,1 Mio. € in 2014 gestiegen.

Er weist darauf hin, dass die Kleine Liga in der heutigen Beratung sich entschuldigt habe, alle „Baustellen“ in einen Topf geworfen zu haben.

Frau Wagner gibt zu Protokoll, dass die freien Träger (Wohlfahrtsverbände) je zu 1/3 vom Landkreis und den Kommunen finanziert würden. Diese Mittel seien jedoch seit 2003 nicht mehr angepasst worden. Die Zuschüsse seien mittlerweile nicht mehr angemessen, so dass sie keine Fachkräfte mehr bekommen würden, aufgrund des geringen Einkommens.

Sie bittet Frau Dr. Weser, die Zuschüsse in diesem Jahr anzupassen.

Frau Dr. Weser informiert, dass man nicht mehr von einer Drittelung der Kosten für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit sprechen könne, da das Land sich sukzessiv mit seinen Anteilen zurückgezogen habe. Der Landkreis habe jedoch, als einer der wenigen im Land Brandenburg, das Personalstellenprogramm fortgeführt und sei mit der Finanzierung hochgegangen, da der Anteil des Landes sich verringert hat.

Sie spricht sich dafür aus, dass man sich bemühen sollte, den Personalschlüssel in den Kitas Brandenburgs zu verbessern. Brandenburg steht in dieser Beziehung im Ländervergleich auf den untersten Plätzen.

Frau Meißner, Mitglied des JHA und Mitarbeiterin bei der Diakonie, betont, dass die Finanzierungen, gerade bei den Fachkräften, angehoben wurden (momentan übernehme der Landkreis 66 % der Personalkosten), weist jedoch darauf hin, dass nicht alle Träger tarifgebunden seien bzw. unterschiedliche Tarife hätten.

Frau Griesche bedankt sich für die Diskussion und die Anregungen für die nächste Legislaturperiode und sich für einen jährlichen stattfindenden gemeinsamen Ausschuss aus.

Herr Isermeyer bittet darum, dass diese dann längerfristig geplant würden.

Frau Freninez bittet darum, den neuen Fachausschuss dahingehend zu informieren, dass gemeinsame Sitzungen mit dem Jugendhilfeausschuss gewünscht würden.

Frau Griesche bedankt sich und schließt den TOP.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 4 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 04.03.2014

Frau Griesche informiert, dass ein Änderungsantrag zum Protokoll der letzten Sitzung vorläge und verliest diesen (Anlage zu TOP 4).

Anschließend bittet sie die Anwesenden um die Bestätigung des Protokolls unter Einbeziehung des Änderungsantrages.

zugestimmt

Zu TOP 5 Information an das Land bezüglich der Gesundheitsversorgung in der ZEA Eisenhüttenstadt

Frau Griesche bittet Frau Dr. Weser um eine kurze Erläuterung zum Schreiben (Anlage zu TOP 5).

Frau Dr. Weser weist darauf hin, dass man sich keine Zeit gelassen habe und das Schreiben bereits vor dieser Sitzung versendet habe.

Sie informiert, dass der Innenminister zu Besuch im Landkreis war, wobei auch die Problematik der Asylbewerber als Thema bestand.

Alle Anwesenden begrüßen die schnelle Handlungsweise der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Frau Böhnisch, gibt Frau Dr. Weser an, bereits eine Antwort erhalten zu haben. Gern würde sie diese den Abgeordneten per E-Mail zukommen lassen.

Sie hebt nochmals das soziale Engagement des Landkreises hervor: traumatisierte Asylbewerber in Fürstenwalde im Haus Hoffnung und „ALREJU“ (alleinreisende Jugendliche), jüdische Zuwanderer in Schöneiche, syrische Flüchtlinge in Beeskow und die ZEA in Eisenhüttenstadt. Trotz diesem Engagement erfolge die Zuteilung der Asylbewerber auf den Landkreis nach dem Königssteiner Schlüssel, es werde für die Aufgaben, die nur der Landkreis Oder-Spree hat, kein Bonus gewährt.

Frau Dr. Weser informiert, dass in Zusammenarbeit mit Herrn Hengst, Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde, eine konstruktive Beratung zu den Asylbewerbern in Fürstenwalde mit allen Beteiligten (Schulleiter, Kitas, Träger etc.) stattgefunden habe. Jeder habe Aufgaben erhalten, die zum Teil bereits bearbeitet seien.

Frau Dr. Baumann möchte nochmals auf die schwierige medizinische Versorgung der Asylbewerber, vor allem in Fürstenwalde, hinweisen.

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg bestehe bereits jetzt ein leichtes Defizit bei Hausärzte-Versorgung in dieser Stadt. Somit würden die Rettungsstelle mehr frequentiert, wobei dort nur eine Akutversorgung möglich sei. Dies könne jedoch keine Lösung sein.

Frau Griesche bedankt sich und schließt den TOP.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Sonstiges

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bedankt sich Frau Griesche, wünscht alles Gute für den Wahlkampf und allen Anwesenden einen angenehmen Heimweg.

gez.

Karin Griesche
stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

Corinna Kuhley
Schriftführerin